

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Sommer 1956

In unerwarteter Offenheit wies *Ulbricht* in dem Anfang August veröffentlichten Bericht des Politbüros des ZK der SED auf die schweren Mängel in der Wirtschaft Mitteldeutschlands hin. Er bestätigte damit weitgehend die skeptische Beurteilung der Aussichten des 2. Fünfjahresplanes 1956 bis 1960 durch westliche Beobachter, die auch an dieser Stelle schon früher ihren Niederschlag gefunden hatte. Die zonenamtliche Kritik erfolgte zugleich mit der Erläuterung des Ergebnisses der Verhandlungen der SBZ mit der Sowjetunion vom 16. und 17. Juli in Moskau über die von der Zone erbetene russische Wirtschaftshilfe. Dieser Zusammenhang ist aufschlußreich und beweist aufs neue die Problematik der wirtschaftlichen Grundlage der von den Sowjets dem Zonenstaat zugedachten politischen Aufgabe. Zugleich geht daraus hervor, daß das Ergebnis der Verhandlungen in Moskau den Erwartungen der SED-Führung wohl nicht entsprochen hat; denn *Ulbrichts* Kritik ist zugleich eine ernste Mahnung an alle Wirtschaftsinstanzen der SBZ, noch größere Anstrengungen als bisher zur Erfüllung der Wirtschaftspläne zu machen.

Wie ernst er seinen Appell an das politische Gewissen seiner Funktionäre nahm, kam darin zum Ausdruck, daß er zum erstenmal mit seinem Gerede von der erwiesenen Überlegenheit des zonalen Wirtschaftssystems gegenüber dem Westdeutschlands aufgehört hat und statt dessen von der Notwendigkeit sprach, Beweise für diese angebliche Überlegenheit zu liefern. Er schreckte dabei nicht einmal davor zurück, den wirtschaftlichen Vorsprung der Bundesrepublik zuzugeben und den 2. Fünfjahrplan als einen Plan des friedlichen Wettbewerbs mit Westdeutschland hinzustellen.

Da die sowjetischen Parteiführer dieselben Argumente benutzten, müssen sie der sowjetischen Delegation in Moskau wegen des Hinterherhinkens der mitteldeutschen hinter der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung gehörig die Leviten gelesen haben, und *Ulbricht* blieb nichts übrig, als die empfangenen Zigarren in scharfer Form weiterzugeben. Aus der Art, wie er dies tat, konnte man ablesen, daß er zwar noch immer der starke Mann in der Zone ist, daß er aber auch die Schwächen seiner Position erkennt, die nunmehr nach der Verurteilung der Stalinschen Fehler und der Rehabilitierung von *Dahlem* nicht mehr nur politisch, sondern auch wirtschaftlich bedingt sind.

Beschwörend wurde dem Kreml zugerufen, daß doch die SBZ der Vorposten des Sozialismus nach Westen sei, womit *Ulbricht* verstanden wissen wollte, daß die Sowjetunion um ihrer selbst willen der mitteldeutschen Wirtschaft als einem möglichen Parade Pferd und natürlich auch ihm persönlich einen starken Rückhalt geben müsse. Mit der Bemerkung, daß der Nachweis zu erbringen sei, „daß der Sozialismus auch in einem Lande des Westens aufgebaut werden kann, das im Verlaufe seiner kapitalistischen Entwicklung einen hohen Grad der Industrialisierung und des staatsmonopolistischen Kapitalismus erreichte, das einen umfassenden Wirtschaftsapparat, eine starke, technisch geschulte Arbeiterklasse und breite Mittelschichten aufweist“, hob er die von der russischen Situation von 1917 sehr abweichende und der Marxschen Vorstellung weit mehr entsprechende Lage Mitteldeutschlands vor dem „Aufbau des Sozialismus“ hervor. Damit begab er sich in die Nähe der von ihm bisher scharf bekämpften Theorie von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus.

Es könnte sogar sein, daß die in dieser prononcierten Formulierung erstmalige Betonung der Vorpostenrolle der SBZ nach Westen seiner Befürchtung entsprungen ist, daß der Kreml ihn als *den* Stalinisten der SBZ einstmals — vielleicht kurz vor den Bundestagswahlen 1957 — auf dem Altar gesamtdeutscher Manipulationen opfern könnte.

Der von ihm angestimmte Lobgesang auf die sowjetische Wirtschaftshilfe hat daher über die schon bisher gezeigte Servilität hinaus auch sehr persönliche Beweggründe; denn diese Wirtschaftshilfe, die insgesamt einen sich auf vier Jahre verteilenden Wert von 7,5 Mrd Rubel - nach dem offiziellen Umrechnungskurs 1 Rubel = 0,55 DM/Ost wären das rund 4,13 Mrd Ostmark - ausmachen soll, erweist sich bei näherer Betrachtung als durchaus nicht epochemachend.

Die Senkung der jährlichen Besatzungskosten um 800 Mio DM erreicht in vier Jahren einen Wert von 3,2 Mrd DM, der — wie es heißt — der Finanzierung zusätzlicher Lebensmitteleinfuhren dienen soll, um die nunmehr für 1957 versprochene Aufhebung der Rationalisierungswirtschaft durch Reservebildung vorzubereiten. An welche Bedingungen dieses Versprechen geknüpft und damit schon jetzt entwertet wurde, darauf wird später noch einzugehen sein. Bleiben wir erst einmal bei der russischen Wirtschaftshilfe. Außer Lebensmitteln sollen vorwiegend Industrierohstoffe eingeführt werden. Dafür sollen der Zone durch eine Preiserhöhung für die Produktion der Wismut-AG (bisher haben demnach die Russen zu niedrige Preise vergütet, so daß die Wismut-AG auf starke Zuschüsse aus dem Zonenhaushalt angewiesen war) und durch einen Warenkredit mit einer Verzinsung von 2 vH und einer Laufzeit

von zehn Jahren Finanzierungsmittel in Höhe von 913 Mio Ostmark erschlossen werden. Dieser Betrag ist nach Lage der Dinge so geringfügig, daß man schon heute sagen darf, daß diese Stütze zur Erfüllung des 2. Fünfjahrplans sich als eine brüchige Krücke erweisen wird. Diese Auffassung wird auch dadurch untermauert, daß sich die SBZ wenige Tage nach dem Abkommen mit Moskau verpflichten mußte, an Jugoslawien zur Finanzierung des Aufbaus einer Aluminiumindustrie einen langfristigen Kredit in Höhe von vorläufig 350 Mio Rubel bereitzustellen, der durch Rücklieferung Ton Aluminium und Aluminiumwalzgut verzinst und getilgt werden soll.

Der im Hilfsvertrag zwischen Moskau und Pankow festgelegte Bau eines Atomkraftwerkes von 50 bis 100 MW ist sicher sehr beachtenswert, doch er kann unmöglich mit den oben aufgeführten Finanzierungsmitteln bestritten werden. Wenn die Sowjets dieses Kraftwerk schenken wollten, dann wäre das von Ulbricht bestimmt ebensowenig verschwiegen worden wie der Termin der Fertigstellung, über den jede Angabe fehlt. Auch die sowjetischen Bäume wachsen nicht in den Himmel. Das Engagement in China verschlingt einen großen Teil der russischen Wirtschaftskraft. Sollte Ulbricht mit seinem Hinweis auf die Vorpostenrolle der SBZ und ihre Bedeutung für den Sieg des Sozialismus in aller Welt seinen Lehrherren im Kreml etwa eine für die sozialistische Kraftentfaltung nach seiner Meinung bestehende Alternative China oder Mitteleuropa andeuten wollen?

*

Die gegenüber China eingegangenen Verpflichtungen der Sowjetunion kennen wir nicht, sie werden aber sicher die der Zone zu gewährende Wirtschaftshilfe weit übersteigen.

Deren geringes Gewicht springt sofort ins Auge bei ihrem Vergleich mit dem wirtschaftlichen Ergebnis des ersten Halbjahres 1956 im Rahmen des 2. Fünfjahrplanes der SBZ. Der Plan der industriellen Bruttoproduktion sah einen Halbjahreswert von 24,6 Mrd DM vor. Erreicht wurden jedoch nur 23,786 Mrd, so daß im 1. Halbjahr 1956 ein Ausfall im Wert von 814 Mio DM zu verzeichnen war. Dieses Loch entspricht einem Anteil von rund 20 vH der sowjetischen Hilfeleistung, die ja erst ab 1957 laufen soll. Der Start zum 2. Fünfjahrplan hat also sehr schlecht geklappt, wobei nicht verheimlicht werden soll, daß das 2. Quartal etwas positiver als das 1. Quartal zu beurteilen ist; denn die Planerfüllung betrug am 31. März 1956 nur 95 vH und am 31. Juni 1956 96,7 vH.

Der Plananlauf war dadurch gestört, daß die Wirtschafts- und Parteiinstanzen der SBZ zum großen Teil sehr schlechte Vorarbeit geleistet hatten. Für die aus dem ehemaligen Ministerium für Schwerindustrie im Jahre 1955 gebildeten Ministerien für Kohle und Energie, für

Berg- und Hüttenwesen und für chemische Industrie, also für die drei wichtigsten Grundstoffbereiche, existierten beispielsweise keine selbständigen Produktionspläne für das erste Quartal 1956. Wie üblich, waren die Pläne in einzelnen Ministerien nicht auf die Betriebe aufgeschlüsselt und zum Teil entgegen den zentralen Anweisungen zu niedrig angesetzt worden.

Das ganze Ausmaß des behördlichen Dilettantismus spricht aus Ulbrichts folgenden Worten: „Die Schwierigkeiten im 1. Quartal zeigten, daß unsere Wirtschaftler ungenügend auf die Arbeit im Winter vorbereitet waren. Die Praxis hat bewiesen, daß in der Winterzeit jegliche Überraschungen möglich sind . . .“ Obwohl es seit Menschengedenken im Winter Frost gibt, versäumten es die Planstrategen der SBZ, die freien Rohrleitungen zu schützen, die erforderlichen Brennstoffvorräte für Industrie und Bevölkerung zu schaffen und sich um die reibungslose Weiterarbeit in der Kohleindustrie, im Bergbau, in der Hütten- und in der Baustoffindustrie Gedanken zu machen.

Die Gründe für den schlechten Start der SBZ-Industrie in den 2. Fünfjahrplan waren zum Teil auch außenwirtschaftlicher Natur. „Da die Fünfjahrpläne einiger volksdemokratischer Länder noch nicht endgültig formuliert sind (ein halbes Jahr nach Beginn der Planperiode! d. Verf.), sind auch noch eine Reihe Fragen des Exports und Imports offengeblieben. Daraus ergaben sich bei uns im 1. Halbjahr besondere Schwierigkeiten.“ Es fehle an Aufträgen für den Maschinenbau und vor allem an Lieferzusagen für Industrierohstoffe. Obwohl der Außenhandel der SBZ nur zu rund einem Viertel den freien Westen zum Partner hat, ist dieser Anteil für die Zone lebenswichtig; denn Ulbricht mußte zugeben, daß „die Hauptschwierigkeit war, daß die internationalen Verhandlungen über die Materialversorgung noch nicht abgeschlossen waren“.

Es fehlt der SBZ an hochwertigen Stählen, die man eigentlich selbst herstellen wollte, was aber an der schlechten Arbeit der Stahlwerker und dem Mißverhältnis zwischen Halbzeugkapazitäten und Walzstahlkapazitäten scheiterte. Eingeführt sollen nur Massenstähle werden. Nun kann der Bedarf an beiden Stahlorten nicht gedeckt werden. „Wenn hochwertige Stähle zur Verfügung stehen, dann könnte man den Materialverbrauch bei vielen Maschinen herabsetzen.“ Allein die zentralgeleiteten Industriebetriebe verursachten durch Mehrverbrauch an Material eine Kostenüberschreitung um 161,4 Mio DM in den Monaten Januar bis Mai 1956. Auch der Gießerei-Ausschuß ist noch immer zu hoch. Die Erzeugung von elektrischem Strom, Braunkohle, Briketts, Kalisalzen, Walzerzeugnissen aus Eisenmetall, Kupfer, Schwefelsäure, Traktoren, Autos, Kunstdünger usw. war im 1. Halbjahr 1956 ungenügend.

Der Materialmangel, die Nichteinhaltung der Arbeitsnormen und als Folge davon die ungenügende Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten führten dazu, daß die Zahl der Verlustbetriebe der Staatswirtschaft beträchtlich anstieg. Sie umfaßte schon am 31. Mai 1956 rund 25 vH aller sowjetzonalen Industriebetriebe! Diese Verluste muß der Staatshaushalt und damit der Steuerzahler und der HO-Käufer tragen. Es ist wirklich nicht einzusehen, wie die Sowjets uns in Westdeutschland dieses Wirtschaftssystem als Errungenschaft schmackhaft machen wollen.

Die Industrien des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik Mitteldeutschlands hatten früher einen ausgezeichneten Ruf. Ihre Erzeugnisse wurden in alle Welt versandt. Und heute, über zehn Jahre nach dem Zusammenbruch, mußte Ulbricht zugeben, daß der Werkzeugmaschinenbau zu 75 vH, der Energie- und Kraftmaschinenbau zu 30 vH, die Radio- und Fernmelde-technik zu mehr als 70 vH und der Bau von Textilmaschinen, polygraphischen Maschinen, Landmaschinen, Lokomotiven und Waggons zu 50 vH wegen mangelnder Qualität auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Dieses Bild ist sicher noch zu rosig und zeigt, welche Reserven als Folge einer Wiedervereinigung aus dem mitteldeutschen Industriepotential herauszuholen wären; denn diese Qualitätsmängel gehen nicht zu Lasten der Industriearbeiter, die ja zum großen Teil als alte Stammebelegschaft in den Betrieben arbeiten. Ulbricht wies selbst auf die „unsinnige Bürokratie“ in der Wirtschaftsverwaltung hin, ohne allerdings zuzugeben, daß er selbst für diesen Zustand mitverantwortlich ist; denn wer hätte ihn wohl daran hindern wollen, die Auswüchse der Bürokratie zu beseitigen, wenn er nur irgendwie dazu fähig gewesen wäre? Wollte er dies wirklich, dann müßte er das wirtschaftliche und auch das politische System der SBZ von Grund auf ändern.

Die offiziell eingestandenen Fehler beim Plananlauf und bei der Plandurchführung haben nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig schwerwiegende Folgen. Die schlechte Materialversorgung und die ungenügende Arbeit der Maschinenbauindustrie haben die in der SBZ besonders dringende Rationalisierung erheblich verzögert. Auch die Inbetriebnahme zusätzlicher Produktionsstätten wurde durch schlechte Planung der Regierungsstellen und das Versagen der Industrie beeinträchtigt. „Die Inbetriebnahme neuer Kapazitäten im Jahre 1957 ist gefährdet“, mußte Ulbricht zugeben. Solange die Bauindustrie der SBZ und die für sie zuständigen Planungsinstanzen unter dem sonst in Deutschland üblichen Niveau liegende Leistungen erzielen, bleibt das Investitionsprogramm der SBZ ein vager Wunschtraum. „Es muß strikt untersagt werden, daß der Bau von

großen Objekten begonnen wird, wenn dafür keine abgeschlossenen technischen Projekte, Kostenanschläge und ökonomische Begründungen für die Zweckmäßigkeit des Baues vorliegen.“ Diese Kritik Ulbrichts kann bei uns nur ein verwundertes Kopfschütteln auslösen. Wir hatten bisher angenommen, daß in einer zentralistischen Staatsplanwirtschaft für alle Bauobjekte, bestimmt aber für die großen Industriebauten, die erforderlichen technischen und wirtschaftlichen Berechnungen vor Baubeginn abgeschlossen sind. Wenn schon hierbei Pannen auftreten, dann braucht man sich ja nicht zu wundern, daß die Baudurchführung an der ungenügenden Mechanisierung der Bauarbeiten und an der Zersplitterung der Finanzierungsmittel, der Maschinen, Baumaterialien und Arbeitskräfte leidet, wie dies offiziell seit Jahren laufend heftig, aber ergebnislos kritisiert wird.

Wenn man aus dem bisher Gesagten das Fazit zieht und dabei bedenkt, daß die SBZ innerhalb des Ostblocks eine beachtliche industrielle Bedeutung hat und ihr Wirtschaftssystem mit dem der anderen Ostblockstaaten übereinstimmt, dann wird einem klar, welche enorme Leistung dieser Teil der Erde bei Anwendung vernünftiger wirtschaftlicher Maßnahmen unter Hintanstellung jedes politischen Dogmatismus zum Wohle der eigenen Bevölkerung und zum Nutzen der gesamten Weltwirtschaft vollbringen könnte. So aber werden zum Schaden des Lebensstandards der dort wohnenden Menschen die natürlichen Reichtümer vergeudet oder nur ungenügend genutzt und die durch den technischen Fortschritt aufgeschlossenen Möglichkeiten völlig unzureichend eingesetzt.

*

Es würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen, vermittels eines erschöpfenden Kaufkraftvergleichs zwischen West- und Mitteldeutschland ein Urteil über den dortigen Lebensstandard zu gewinnen, aber wir wissen auch so, daß hier ein erhebliches West-Ost-Gefälle besteht. Leider hat sich daran bis zur Jahresmitte 1956 nichts geändert. Die allgemeine Warenversorgung der Bevölkerung deckt nur den Minimalbedarf und nur bei dem vollen Einsatz der verfügbaren Einkommen im Durchschnitt auch den Normalbedarf. Dieser Normalbedarf hinkt jedoch hinter dem des westdeutschen Konsumenten um viele Jahre her. Pünktlich mit der Obstsaison verschwand aus dem staatlichen Einzelhandel der Zucker. Er stand nur noch der Industrieverarbeitung zur Verfügung. Butter, Milch und Käse sind nur in Ausnahmefällen außerhalb der Rationierung erhältlich. Hochwertige Nahrungsmittel und Konserven, vor allem Fischkonserven, gibt es nur zeitweise und regional ganz unterschiedlich. Die Qualität der Textilien und Schuhe ist nicht besser, sondern zum Teil schlechter geworden, dagegen hat sich das Angebot an hoch-

wenigen Industriegütern verbessert, das jedoch wegen der hohen Preise nur den privilegierten Gutverdienern zugute kommt.

In dieser Situation machte Ulbricht die Ankündigung, im Jahre 1957 die Rationierung aufzuheben, wenn die notwendigen Reserven angelegt und andere Vorbedingungen erfüllt seien. Er sagte; „Es ist bekannt, daß breite Schichten der werktätigen Bevölkerung für die Beibehaltung des Kartensystems waren, weil ihnen das gewisse Sicherheiten gab.“ Nun soll also ab 1957 die im Kartensystem bisher noch liegende Sicherheit (Sicherung des Existenzminimums an Nahrungsmitteln) durch eine kartenlose Versorgung ersetzt werden.

Außer der Reservenbildung muß auch die geplante Erhöhung der laufenden Produktion und der Arbeitsproduktivität gesichert sein, was heute noch nicht garantiert werden kann. Außerdem bringt die Beseitigung der Kartensysteme erhebliche Preis- und Lohnprobleme mit sich. Es ist sehr aufschlußreich, Ulbrichts — also die offizielle — Auffassung hierzu wörtlich kennenzulernen: „Da wir die Preise für rationierte Waren annähernd auf die westdeutschen Preise erhöhen müssen, ist es notwendig, den verschiedenen Schichten der Bevölkerung einen angemessenen Ausgleich zu zahlen . . . Die neuen Preise müssen . . . die Abschöpfung der Kaufkraft ermöglichen.“ Obwohl Ulbricht im gleichen Zusammenhang zugab, daß die Preise für HO-Lebensmittel und Industriewaren allgemein in der SBZ höher lägen als in der Bundesrepublik, erwähnte er nichts davon, daß zur Schaffung eines einheitlichen Preisniveaus in der SBZ die HO-Preise und die Preise für Industriewaren gesenkt werden sollten, analog zur Anhebung der Preise der bewirtschafteten Lebensmittel. Die mitteldeutsche Bevölkerung wird also im wesentlichen eine reine Preiserhöhung erwarten müssen.

Was meinte Ulbricht mit dem Hinweis auf den „angemessenen Ausgleich“ für die verschiedenen Bevölkerungsschichten? Er vermied es peinlich, die Begriffe Lohn und Renten zu erwähnen. Da er an anderer Stelle für 1957 eine Verbesserung der Renten- und Altersversorgung ankündigte, die das auch hier bestehende West-Ost-Gefälle jedoch nicht aufheben würde, muß angenommen werden, daß damit in Wirklichkeit keine soziale Verbesserung, sondern als Äquivalent zu den Preissteigerungen nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Verhältnisses von Preisen und Renten angestrebt werden soll. Dieselbe Methode ist im Herbst 1950 in der SBZ bei der Herausnahme von Brot und anderen Mehlerzeugnissen aus der Rationierung bei Erhöhung der Preise schon einmal befolgt worden. Von Lohnerhöhungen ist jedoch nirgends die Rede. Im Gegenteil wird hervorgehoben, daß die neuen Preise die Kaufkraft abschöpfen müßten und ein weiteres, ernstes Problem darin bestünde, „Mittel und Wege zu fin-

den, daß der Teil der Bevölkerung, der über hohe Einkünfte verfügt, einen Teil seiner Mittel für andere Zwecke als für den Kauf von Konsumgütern verwendet“.

Diese Preis-, Lohn- und Kaufkraftprobleme müssen aber gelöst sein, bevor Pankow die Rationierung aufheben kann. Und mit Rationierung wäre der Anspruch auf einen friedlichen Wettbewerb mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik nur als grotesk zu bezeichnen. Einen solchen Wettbewerb, und zwar mit erfolgreichem Abschluß, verlangt aber der Kreml von seinen Pankower „Experten“.

*

Wahrscheinlich gehört zu diesem Wettbewerb auch die Flüchtlingsfrage; denn es häufen sich die Meldungen, daß in den Städten der SBZ Heime für wehrunwillige Westdeutsche bereitgestellt werden, es fehlen allerdings schlüssige Angaben über deren Vorhandensein und Stärke; und das wäre doch ein handfester Aktivposten für Pankow. Dafür zeigt die Flüchtlingsbewegung nach dem Westen seit 1954 einen konstanten Zuwachs. Flohen im ersten Halbjahr 1954 90 732 nach Westdeutschland und West-Berlin (nur überprüfte Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren, nicht gezählt die zunehmende Zahl an sog. illegalen Flüchtlingen), so waren es im ersten Halbjahr 1955 109 025 und im ersten Halbjahr 1956 schon 146 883. Der männliche Anteil bei den Flüchtenden nahm 1956 weiter zu auf 53,7 vH, im Monat Juni 1956 waren es 77,4 vH! Von diesen Flüchtlingen waren 1956 etwa 60 vH Erwerbspersonen und 29 vH gehörten zu den landwirtschaftlichen, industriellen, handwerklichen und technischen Berufen.

Der Wettstreit zwischen West und Ost um den Menschen hat allerdings auch Seiten, deren wir uns nicht rühmen dürfen. Auch in diesem Sommer ist es den Pankower Sirenenklängen gelungen, viele Tausende westdeutscher Eltern zu bewegen, ihre Kinder zur „Erholung“ in die SBZ zu schicken. Jeder kann tun und lassen, was er will, solange er sich gesetzmäßig verhält, und es gibt kein Gesetz, das einen Urlaubsaufenthalt in Mitteldeutschland verbietet, die staatlichen Geheimnisträger ausgenommen. Wenn kommunistische Eltern ihre Kinder der Zonenbetreuung anvertrauen, sollte man sie ruhig gewähren lassen, aber viele tun es ja nicht aus ideologischen, sondern aus finanziellen Gründen. Hier müßte die öffentliche Hand in Westdeutschland sehr gebefreudig eingreifen, um den geldlichen Anreiz dieser kommunistischen Aktion zu beseitigen.

Die Tatsache, daß alljährlich Tausende westdeutscher Kinder zur Erholung in die SBZ kommen, dient der dortigen Presse als willkommenes Argument für ihre Darstellung der angeblichen Notlage im Westen und der Sehnsucht der

westdeutschen Bevölkerung nach den sowjetzonalen Errungenschaften. Auch die 30 000 westdeutschen Besucher des Turn- und Sportfestes in Leipzig wurden auf diesem Pankower Konto gebucht. Sie haben - weil sie erwachsen und vermutlich mit genügender Einsicht begabt sind - selber erfahren können, wie schamlos dieses Sportfest für politische Zwecke mißbraucht wurde. Von Kindern dürfen wir eine solche Urteilskraft aber noch nicht erwarten. Die Teilnahme mitteldeutscher Delegationen am deutschen Sängerfest in Stuttgart hatte Pankow dagegen verboten, weil dieses Sängerfest eine politische Demonstration sei.

Wir müssen im Westen immer wieder auf die Verlogenheit dieser Dialektik hinweisen. Auch in anderer Hinsicht sollten wir uns mehr Mühe geben, in die theoretischen Erwägungen und Gedankengänge der Sowjet-Funktionäre einzudringen. Ein erfreulicher Versuch ist dazu ohne Zweifel der Beschluß der Kieler Studentenschaft, an der Universität Kiel eine Dozentur für Marxismus — Leninismus als der ideologischen Grundlage des sowjetischen und auch

sowjetzonalen Handelns einzurichten. Daß daraufhin jedoch ein Dozent für „Gesellschaftswissenschaften“ aus Greifswald nach Kiel eingeladen wurde, dürfte wohl als Fehlzündung zu bezeichnen sein. Man kann doch nicht den Bock zum Gärtner machen, oder sind die Kieler Studenten der Meinung, es gäbe in der Bundesrepublik oder in West-Berlin keinen Dozenten, der ihnen den Marxismus — Leninismus erläutern könnte?

Im Zuge des Wettstreites um den Menschen wären die Bundesbehörden sicherlich nicht schlecht beraten, wenn sie den Pankower Herren einen großzügigen Zeitungs- und Zeitschriftenaustausch vorschlägen. Das Studium der mitteldeutschen Presse würde nämlich die Immunität gegen den kommunistischen Bazillus noch erhöhen, und die westdeutschen Publikationen würden in der Zone einen reißenden Absatz finden — falls dies nicht von Pankow unterbunden würde. Und das sollte man als weiteren Beweis für die anti-gesamtdeutsche Politik Pankows ruhig provozieren.

Walter Meier